

„Wahlkampf vor Kinderschutz“

Sperrung kinderpornographischer Internetseiten ist umstritten

Sollen kinderpornographische Internet-Seiten, deren Produktion, Verbreitung und Nutzung eine erhebliche Straftat darstellen und bei denen Kinder und Säuglinge gequält werden, sogar teilweise zu Tode kommen, aus Gründen der Zensurfreiheit frei im Internet zugänglich bleiben? Die Deutsche Kinderhilfe mit Sitz in Berlin wollte wissen, wie die Bevölkerung in Deutschland zum Thema Sperrung kinderpornographischer Seiten im Internet steht. Aus diesem Grund beauftragte die Organisation das Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap mit einer repräsentativen Befragung. Die Katholische SonntagsZeitung sprach darüber mit dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Kinderhilfe, Georg Ehrmann.

Herr Ehrmann, welchen Hintergrund hatte Ihre Befragung?

Die Bundesregierung plant, wie in anderen EU-Staaten bereits erfolgt, ein Gesetz zur Sperrung von kinderpornographischen Seiten im Internet. Kritiker befürchten eine Zensur und bezweifeln die Wirksamkeit solcher Sperren. Als Begründung wurde Angst vor Zensur und Gefährdung der Informationsfreiheit im Internet angeführt. Befürworter betonen dagegen, dass solche Sperren eine sinnvolle und wirksame Maßnahme im Kampf gegen die Verbreitung solcher Bilder sind.

Was war das Ergebnis Ihrer Befragung?

92 Prozent aller Bundesbürger sind nach unserer Umfrage dafür, diese Seiten zu sperren. Nur sieben Prozent sprachen sich dagegen aus und ein Prozent enthielt sich. Aufschlussreich ist die Differenzierung nach Ost und West sowie nach Männern und Frauen. Es gibt mehr Frauen, die für eine entsprechende gesetzliche Regelung eintreten (96 Prozent) als Männer (87 Prozent) und im Osten stimmten 94 Prozent dafür im Westen zwei Prozent weniger (92 Prozent).

Wollen die Deutschen ein Internet, das völlig frei ist von staatlicher Beobachtung?



Georg Ehrmann ist bekennender Katholik. Foto: Thiede

Für eine Kontrolle und Sperrung bestimmter strafbarer Inhalte durch den Staat stimmten 84 Prozent und neun Prozent sprachen sich für völlige Freiheit im Internet aus, der Rest waren Unentschlossene. Wer hinter diese Zahl schaut, erfährt auch weitere aufschlussreiche Details. So waren bei den Rentnern fast 16 Prozent unentschieden. Sie machten keine Angabe oder kreuzten die Antwort „weiß nicht“ an. Auch bei der Parteienpräferenz lassen sich Rückschlüsse ziehen, wenn zum Beispiel für ein völlig freies Internet 14 Prozent der FDP-Wähler stimmten, wohingegen es beim CDU/CSU-Wahlvolk nur fünf Prozent waren.

Was muss nun passieren?

Die Deutsche Kinderhilfe fordert mit ihrer Kampagne „Stop! - Meine Stimme gegen Kinderpornographie im Internet“ die verantwortlichen Politiker auf, weitere Schritte gegen Kinderpornographie zu unternehmen. Begonnen hatte die Aktion in Nordrhein-Westfalen und mittlerweile haben sich viele Zehntausende mit ihrer Unterschrift für das Gesetz zur Bekämpfung der Kinderpor-

nographie in Kommunikationsnetzen ausgesprochen.

Und von Seiten des Gesetzgebers?

Wir fordern die Bundesländer auf, mehr hoch qualifizierte Sonderermittlungsstellen einzurichten und gegen Betreiber einschlägiger Server ebenso konsequent vorzugehen wie gegen die Nutzer pädokrimer Angebote im Netz. Eine Reform des Strafrechts ist zwingend notwendig. Das Strafmaß für das Herunterladen dieser widerwärtigen Gewaltvideos muss endlich erhöht werden. Immer noch wird das Herunterladen von Software und Hollywood-Filmen härter bestraft als das von pädokrimer Dateien.

Wo bleibt da der Opferschutz?

Die Deutsche Kinderhilfe spricht sich klar für eine Verbesserung des Opferschutzes aus. Für sexuelle Gewaltverbrechen gelten die allgemeinen Verjährungsfristen des Zivilrechts. Dies schützt die Täter, denn die Opfer können häufig erst viele Jahrzehnte später über die Verbrechen sprechen. Die aktuellen Gesetze berücksichtigen nicht diese Besonderheit lebenslangen Leidens der Opfer.

Welches Fazit ziehen Sie in diesem Zusammenhang aus der Anhörung des Kinderschutzgesetzes im Familienausschuss des Deutschen Bundestages Ende Mai?

Das vorliegende Kinderschutzgesetz ist ohnehin nur noch ein von Interessenverbänden im Vorfeld regelrecht zusammengestutztes Rumpfgesetz. Hier hätte sich die Deutsche Kinderhilfe mehr Durchsetzungsvermögen der Bundesfamilienministerin und der Bundeskanzlerin gewünscht. Die gesetzliche Festschreibung von Hausbesuchen durch das Jugendamt stellt jedoch einen wichtigen und unverzichtbaren Baustein für weitere Reformen der Kinder- und Jugendhilfe dar. Die Schwächen im Kinder- und Jugendhilfesystem sind in erster Hinsicht Qualitätsdefizite. Schon der Umstand, dass der an sich selbstverständliche Hausbesuch zur Abklärung einer Kindeswohlgefährdung in ein Gesetz geschrieben

werden muss, verdeutlicht, wie wichtig die Schaffung bundeseinheitlicher Qualitätskriterien in der Kinder- und Jugendhilfe ist. Dass nun aufgrund des Widerstandes der SPD davon auszugehen ist, dass dieses Gesetz sogar scheitert, verdeutlicht, dass Wahlkampf Priorität vor Kinderschutz besitzt. Es scheint für die Politik einfacher zu sein, unverbindlich Grundrechte in der Verfassung zu fordern oder sich unisono gegen eine sicherlich ethisch umstrittene RTL-Sendung auszusprechen, anstatt wirksame Schritte für mehr Kinderschutz konkret zu beschließen.

Interview: Rocco Thiede

INFO

Die Deutsche Kinderhilfe ist eine politisch unabhängige, nationale Kinderhilfsorganisation mit Non-Profit-Charakter. Sie fördert bundesweit Hilfsprojekte und bezieht als Lobby für Kinder Stellung und begleitet Gesetzgebungsverfahren. Schwerpunkte der Arbeit waren aufgrund vieler Fälle von Kindesvernachlässigung und Kindesmisshandlung mit Todesfolge die öffentlich-kritischen Hinweise auf die nicht funktionierende Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland zu geben. Der eingetragene Verein wurde von engagierten Familienvätern und Unternehmern aus Ostwestfalen Anfang 2000 gegründet. Ansatz der Deutschen Kinderhilfe war es zunächst, bestehende Einrichtungen, Organisationen und ehrenamtliches Engagement zu unterstützen und nur dort selbst aktiv zu werden, wo es noch keine Hilfe gibt. Aktuell steht die Öffentlichkeitsarbeit im Sinne eines Mentalitätswechsels in Deutschland hin zu einer kinderfreundlichen Gesellschaft im Zentrum der Arbeit. *rt*

Weitere Informationen unter: www.kinderhilfe.de.